

Über Bedarf und Standort wird gestritten

Stadtparlament für IGS-Umwandlung der Tümpelgartenschule – CDU ist dagegen, bis auf Jürgen Scheuermann

Hanau (mkl). Nichts Neues an der Hanauer Schulfront – zumindest was den Graben in der Stadtverordnetenversammlung bezüglich des Vorhabens der Viererkoalition anbelangt, die Tümpelgartenschule zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 von einer Grundschule mit Förderstufe, Haupt- und Realschule in eine integrierte Gesamtschule (IGS) umzuwandeln. In der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments am Montag hat die Mehrheit von SPD, FDP, Grüne und BfH diesem Plan zugestimmt, während die CDU-Opposition geschlossen dagegen votierte – mit Ausnahme von Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Scheuermann, der sich dem Vernehmen nach der Stimme enthielt.

Beobachter werten dieses Abstimmungsverhalten des Leiters des Karl-Rehbein-Schule als Vorsorgemaßnahme für „sein“ Gymnasium. Mit der IGS Tümpelgartenschule würde der „Mittelbau“ beim Übergang zum Traditionsgymnasium gestärkt, so ein Pädagoge gestern gegenüber dem HANAUER. Diese Einschätzung teilt Scheuermann nicht. „Ich wollte mit meinem Abstimmungsverhalten dokumentieren, dass es keine Verquickung mit meinem Berufsleben gibt“, sagte der Direktor der Rehbein-Schule auf Anfrage des HA. Die BfH-Abgeordnete und Leiterin der Gebeschusschule, Anne-Dorothea Stübing, die aus schulfachlichen und zeitlichen Gründen gegen die IGS-Umwandlung war und ist, enthielt sich ebenfalls der Stimme. Dieser „goldene Mittelweg“ war offensichtlich der Koalitionsdisziplin geschuldet.

Auch dies nichts Neues, denn bereits Ende vergangenen Jahres haben die Stadtverordneten unter ähnlichen Konstellationen der IGS-Umwandlung der Tümpelgartenschule zugestimmt und die Organisations-

änderung dem Kultusministerium zur Genehmigung vorgelegt. Wiesbaden forderte aber offensichtlich Nachbesserungen, was eine erneute Magistratsvorlage zur Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2007 bis 2012 erforderlich machte, in dem der Bedarf für eine zweite integrierte Gesamtschule – neben der Großauheimer Lindenausschule – in Hanau detailliert begründet werden sollte. Im zweiten Anlauf ohne Oberstufe, wie in einer eiligst nachgebesserten Vorlage hervorgehoben wird. In der neuen Vorlage wird als ein Grund für die Umwandlung der Tümpelgartenschule die Ausweitung des Stadtteils Lamboy/Tümpelgarten durch neue Bauvorhaben genannt. In den neuen Wohngebieten Cardwell Area, Cardwell Housing, Yorkhof Kaserne, Bepo-Gelände, Südlich der Lamboystraße und Gleisbauhofgelände wird mit 975 Einwohnern gerechnet, unter denen sich statistisch 129 Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 18 Jahre befinden würden. Soweit die Vorlage. An diesen Zahlen hat Franz Ott (CDU) erhebliche

Zweifel, nicht nur deshalb, weil in dem Magistratspapier der Gleisbauhof mit 130 Wohneinheiten veranschlagt ist. „Zu den Entwicklungschancen des Baugebiets Gleisbauhof hat sich ein sozialdemokratischer Kollege vom Fach schon kritisch geäußert, als dort noch 70 Wohneinheiten vorgesehen waren und das gilt für die jetzt geplanten 130 Wohneinheiten erst recht. So ist wahrscheinlich, dass mindestens ein Drittel, wenn nicht gar über 40 Prozent der Neubürger, die hier eingeplant sind, gar nicht nach Hanau kommen. Dann wären wir bei maximal 75 Kindern und Jugendlichen“, rechnete Ott vor.

Mit ihrem Nein zur IGS Tümpelgartenschule wende sich die CDU gegen jede Gefährdung der benachbarten Hessen-Homburg-Schule (Haupt- und Realschule), unterstrich Ott. Die Nachfrage nach IGS-Plätzen, die nicht von der Lindenausschule bereitgestellt werden können, sollte in Zusammenarbeit mit den Schulen des Main-Kinzig-Kreises befriedigt werden, so der christdemokratische Oppositionspoliti-

ker, der die Gründung eines IGS-Zweckverbands der Standorte Hanau, Maintal, Erlensee und Bruchköbel im Sinne einer guten Nachbarschaft mit dem Schulträger Main-Kinzig-Kreis ins Gespräch brachte. In diesem Zusammenhang zitierte Ott einen Passus im Hessischen Schulgesetz, in dem es heißt, die Schulentwicklungsplanung ist mit dem benachbarten Schulträgern abzustimmen. „Glauben sie, dass der Main-Kinzig-Kreis ihren Plänen zustimmen wird? Wenn nicht, wie wird dann die Ministerin Henzler entscheiden?“, gab Ott zu bedenken. Schuldezernent Ralf-Rainer Piesold (FDP) geht davon aus, dass die liberale Kultusministerin im Sinne der Stadt Hanau entscheiden wird. „Mit der Vorlage, die keineswegs zu spät kommt, befördern wir ein abgestimmtes Verfahren mit dem Kultusministerium“, unterstrich der Stadtrat. Die pessimistische Einschätzung, Hanau würde von der Einwohnerzahl her schrumpfen, teile er nicht. Im Gegenteil. Seit der Landesgartenschau 2002 herrsche im Stadtteil Lamboy/Tümpelgarten Aufbruchstimmung, und die IGS-Umwandlung trage dieser Entwicklung Rechnung. „Wer einen Deich erst dann baut, wenn die Flut kommt, wird ertrinken“, fasste Piesold die schulpolitische Weichenstellung in ein Bild. Und zum Vorwurf, der Schritt sei nicht mit dem Kreis abgestimmt, sagte Piesold: „Hanauer Schulpolitik muss immer Angebote für Hanauer Schüler sichern.“ Zurzeit besuchen 91 Hanauer Schüler aus Kapazitätsgründen Gesamtschulen des Kreises. Der Schuldezernent unterstellte der CDU, sie sei aus ideologischen Gründen gegen integrierte Gesamtschulen. In die selbe Kerbe schlug Jochen Dohn. „Es ist eine Frechheit, wie sie sich über den Willen der Eltern, Schulleitung und Schulgemeinde hinwegsetzen“, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion in Richtung CDU.

Stadt Hanau will Haiti helfen

Hanau (mkl). Einstimmig haben die Hanauer Stadtverordneten in ihrer jüngsten Sitzung einen Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion angenommen, in dem der Magistrat gebeten wird, Wege zu finden, um sich adäquat an Hilfsaktionen zugunsten der Erdbebenopfer in Haiti zu beteiligen. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Linksfraktion, Jochen Dohn, sollte dabei mit Hilfsorganisationen anderer Kommunen kooperiert werden, wie er bei Begründung des Antrags am Montag sagte. Cornelia Gasche (SPD) und Wulf Hilbig (Grüne) regten an, dieses Thema auf der Sitzung des Entwicklungshilfe-

beirates der Stadt, der am Donnerstag tagt, zu beraten. Dem Gremium steht jährlich ein Etat von 15 000 Euro zur Verfügung. Ein Teil der Summe könnte als Spende für die vom Erbeben erschütterte Halbinsel verwandt werden. Zudem wurde der Vorschlag unterbreitet, Kontakt zum Hanauer Unternehmer und Vorsitzenden des Kinderhilfswerks Unicef Deutschland, Dr. Jürgen Heraeus, aufzunehmen, um sicher zu stellen, dass die Gelder auch an die richtige Adresse gelangt. „Wir sollten uns an einem Projekt beteiligen, das auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist“, forderte Gasche.

HA: Mi. 27.01.2010